

## **Das Zivillabel – Kriegsdienstverweigerung als Betrieb<sup>1</sup>**

Über Wertebildung in der betrieblichen Praxis

### Einleitung

Seit 2018 können sich Firmen und Institutionen aller Branchen auf ein Zivillabel bewerben. Mit einem großen Z auf gelbem Grund machen sie nach außen ihre Selbstverpflichtung deutlich und stehen dazu:

*Wir fühlen uns dem Frieden verpflichtet und verfolgen nur zivile Zwecke.*

*Wir beteiligen uns nicht an der Entwicklung, Herstellung und Verbreitung von Waffen und sonstigen Rüstungsgütern.*

*Wir arbeiten nicht für das Militär und dessen zivile Einrichtungen.*

Mit dem Zivillabel legen sich die Firmen darauf fest, diese Selbstverpflichtung einzuhalten, bis diese von ihnen widerrufen wird. Die Hürden einer Zertifizierung und eines Audits müssen nicht genommen werden. Nach 2 Jahren werden die Firmen von den Trägerorganisationen des Zivillabels nach ihren Erfahrungen befragt. Falls gegen die registrierten Firmen öffentlich Einspruch erhoben wird, dass ihre Geschäftstätigkeit den Ansprüchen des Labels nicht entspricht, werden die Trägerorganisationen von sich aus aktiv und gehen den Vorwürfen nach. Im Falle eines Verstoßes wird das Label entzogen.

### Wie sieht die Praxis von Unternehmen in diesem Sektor aus?

Grundlage für diese Ausführungen sind die eigenen Erfahrungen als Wirtschafts- und Sozialpfarrer in der Region Südbaden.<sup>2</sup> Die Entscheidung, nicht für das Militär zu produzieren, ist so neu nicht. Die Selbstverpflichtung, nur für zivile Zwecke zu produzieren, hat eine Tradition in den Firmengründungen der Nachkriegszeit.

Firmengründer der Nachkriegszeit, welche den 2. Weltkrieg erlitten hatten, haben sich als Gründer dafür entschieden, dass ihre Firmen sich nicht, nie an einer militärischen Produktion beteiligen dürfen. Ein Beispiel ist die Sick AG in Waldkirch, ein Unternehmen mit 4000 Mitarbeitenden, welches Sensoren herstellt.

Dann gibt es als zweites die Generation der Kriegsdienstverweigerer, die als Unternehmensgründer später ebenso festgelegt haben, dass sie nicht für militärische Zwecke arbeiten. Immer wieder kann man also in Südbaden mittelständischen Unternehmen begegnen, welche eine Nichtbeteiligung praktizieren, ohne diese nach außen öffentlich zu machen. Nach innen ist die Entscheidung sehr wohl präsent und wird dann virulent, wenn entsprechende Kundenanfragen abgelehnt werden.

Geht die Verpflichtung auf die Gründerinnen und Gründer zurück lässt sie sich, wenn sie von Anfang an konsequent praktiziert wird, durchhalten, ohne die Substanz des Unternehmens zu gefährden. An diese Traditionen könnte sich das Zivillabel sehr gut anschließen.

---

<sup>1</sup> Vortrag zum 30-jährigen Jubiläum der Bremischen Stiftung für Rüstungskonversion am 28.02.2020

<sup>2</sup> Südbaden ist eine Region in Baden Württemberg zwischen Freiburg, Basel, dem Schwarzwald und dem Bodensee. Die Region ist mittelständisch geprägt. Dax Unternehmen und internationale Konzerne gibt es nur wenige. Selbstbewusst nennen sich die mittelständischen Unternehmen auch „Hidden Champions“, weil sie insbesondere in der Metall- und Elektroverarbeitung spezielle Produkte anbieten können.

Anders stellt sich die Situation in mittelständischen Unternehmen dar, welche die Selbstverpflichtung sozusagen nicht in ihrer Firmen DNA haben. Wird einem Kunden wegen dessen Beteiligung an militärischer Produktion gekündigt, befürchtet man einen zweifachen Verlust: einerseits den Verlust des gesamten Auftragsvolumens, auch für den Fall, dass die Verwendung für militärische Produktion nur ein kleines Segment ausmacht und das verlangen wir mit dem Zivillabel. Andererseits fürchtet man um den eigenen Vertrauensbonus als Wert des eigenen Renomees, wenn eine Geschäftsbeziehung auf Grund dieser ethischer Neuorientierung einseitig gekündigt wird. In der Selbstwahrnehmung von mittelständischen Unternehmen, und das können durchaus Unternehmen mit mehreren tausend Mitarbeitenden sein, spielt dabei die Einschätzung eine Rolle, dass sie – anders als Konzerne – nicht in der Lage sind, auf die Unternehmenspolitik ihrer Kunden Einfluss zu nehmen. Obwohl sich Mittelständische Betriebe als Hidden Champions bezeichnen und die passgenaue Fertigung, die Produktentwicklung in naher Absprache mit dem Kunden betreiben, fürchten sie dennoch gegenüber einem Konkurrenten, der diese Auflagen nicht an seine Kunden stellt, austauschbar zu sein. Die faktischen Machtverhältnisse spielen eine entscheidende Rolle.

Wenn man an die Faktoren denkt, die eine Nichtbeteiligung an militärischer Produktion und Dienstleistung für das Militär beeinflussen, lässt sich noch als dritte Gruppe die Investorenseite in den Blick nehmen. Es gibt Kapitalgeber, darunter die Kirchen, Stiftungen, welche auf Grund ihrer Werte eine Nichtbeteiligung ihres Kapitals an der Rüstungsproduktion fordern. Die Nichtbeteiligung ist für diese Kapitalanleger konstitutiv. Anders als beim Zivillabel verlassen sie sich nicht auf die Selbstaussagen der Firmen, in die sie investieren, sondern ausgewiesene Agenturen überprüfen die Forderung. Wenn sich eine Firmenstrategie dennoch zur militärischen Produktion hin ändert, können die Kapitalgeber auf den Aktionärsversammlungen eine Abkehr von der militärischen Produktion fordern oder eine Beendigung ihres finanziellen Engagements vornehmen.

### Welche Werte und Abwägungen spielen bei der Nichtbeteiligung von Firmen am Zivillabel eine Rolle, obwohl die Praxis verbreiteter ist als gedacht?

Auffallend ist, dass auf Seiten der Betriebe eine Nichtbeteiligung an der Rüstungsproduktion, selbst wenn sie praktiziert wird, nach außen viel weniger kommuniziert wird als auf Seiten der Kapitalgeber. Über die Gründe kann nur spekuliert werden.

Geht es hier um das Abwägen von Aufwand und ethischem Mehrwert? Kapital kann leichter wandern als dass sich eine betriebliche Organisation umstellen lässt. Dies entspräche der Angst, wichtige Kunden zu verlieren. Möchte ein Betrieb potentielle Kunden nicht von vornherein verprellen, so dass er seine Nichtbeteiligung erst einmal nicht publiziert und sich damit auch den Spielraum von Einzelentscheidungen bewahrt? Spiegelt sich in der unterschiedlichen Bereitschaft sich festzulegen, von Betriebsorganisation einerseits und Investmentfonds andererseits auch eine unterschiedliche Bewertung seitens der Individuen wieder, welche als Mitarbeitende an einem sicheren Arbeitsplatz interessiert sind und daher keine Kunden von vornherein verlieren wollen, während sie als Investoren durchaus ihre Werte realisieren und durch eine rentable Fondsentwicklung belohnt werden können? Dann würde das individuelle Sicherheitsbedürfnis in unterschiedlichen Zusammenhängen im selben Bereich, nämlich der Rüstungsproduktion, zu unterschiedlichen Verhaltensweisen führen. Ähnlich dem citizen/consumer gap gäbe es einen citizen/worker gap.

Zuletzt ist zu fragen, ob eine Deklaration der Nichtbeteiligung deshalb als Malus nach außen empfunden werden könnte, weil man auf interessierte Mitarbeitende damit als zu missionarisch wirken könnte. Zivil würde dann anders als - beispielsweise Bio - wahrgenommen, das sich mittlerweile als Wert in der Unternehmenskommunikation etabliert hat und anfangs selbst aus der Gesinnungsecke gekommen ist. Allerdings war Bio schon immer nicht nur eine innere Einstellung, sondern immer auch eine Qualität des verkauften Produktes, die offen beworben wurde, während Zivil für die innere Einstellung des Produzenten steht. Das ist ein grundlegender Unterschied<sup>3</sup>. Dieser Unterschied dürfte umso mehr Gewicht bekommen, wenn die Nähe des Produktes zur militärischen Verwendung nicht so offensichtlich ist, wie das eben in vielen mittelständischen Betrieben der Fall ist, welche primär mit ziviler Nutzung und Produkten verbunden werden.

Wenn der Mehrwert eines Produkts jedoch lediglich in der inneren Haltung der Produzenten besteht, könnte hier die Unterscheidung zwischen Öffentlich und Privat eine Rolle spielen. Öffentlich gemacht wird die Qualität des Produkts, privat ist die innere Einstellung. Ziviler Betrieb als Gesinnungsentscheidung lässt sich durch den Aspekt von Öffentlich und Privat auch in die Tradition des Zivildienstes einreihen. Wer sich für den Zivildienst entschieden hat, hat den Kriegsdienst verweigert. Begründet wurde diese Entscheidung mit der eigenen persönlichen, privaten Gewissensentscheidung, während die Übernahme des Militärdienstes nicht begründet werden musste. Wer den Militärdienst absolviert, kam seiner öffentlichen Staatsbürgerpflicht nach.

#### These: Die Beteiligung am Zivillabel ist eine Kriegsdienstverweigerung des Betriebs

Wer sich heute mit seinem Betrieb dafür entscheidet, nur zivil zu produzieren, verweigert sich damit der Zulieferung zu einem öffentlichen Auftrag. Ohne militärische Produktion gäbe es keine Ausrüstung für die Bundeswehr, welche demokratisch legitimiert ist. „Wer keine Waffen herstellt, schickt die eigenen Leute ohne Ausrüstung in den Kampf“, lautet der stille oder laut geäußerte Vorwurf. Die Tatsache, dass der Rüstungsexport in Drittstaaten mittlerweile nicht mehr die Ausnahme sondern die Regel ist, wird dabei übersehen.<sup>4</sup> Der Vorwurf, sich gegen die staatlich legitimierte Armee zu stellen, mag heute abschreckender und irritierender wirken als im Deutschland der Nachkriegsjahre oder zur Zeit des NATO Doppelrüstungs-beschlusses. Der Druck, sich zu rechtfertigen, weshalb ein Betrieb seine Gesinnung zeigt, ist auf alle Fälle mit der Beteiligung als „Ziviler Betrieb“ gegeben und nicht umgekehrt. Zumindest ist dies bei den Betrieben der Fall, die von außen betrachtet nicht offensichtlich ein Rüstungsproduzent sind.

---

<sup>3</sup> Bio war konstitutiv, um die Qualität der Produkte von der Qualität der Nichtbioprodukte zu unterscheiden. Der Sensor des Rüstungszulieferers, der für den zivilen Flughafen geordert wird, unterscheidet sich jedoch qualitativ nicht vom Sensor des Zivilen Betriebes. Auch die Produktionsbedingungen, -methoden sind gleich.

<sup>4</sup> „Der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in andere als in Ziffer II. genannte Länder wird restriktiv gehandhabt.“ Aus Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern, 19. Januar 2000; s.a. Die Vorsitzende der GKKE-Fachgruppe Rüstungsexporte, Dr. Simone Wisotzki, betont: „Ein Blick auf die konkreten Zahlen wie z.B. die Einzelausfuhrgenehmigungen, die im ersten Halbjahr 2019 erheblich gestiegen sind, macht deutlich, dass kein Trend hin zu einer restriktiven Rüstungsexportpolitik erkennbar ist.“ Vielmehr sei der Export an Drittstaaten mittlerweile zur Regel geworden. „Die GKKE fordert daher die Bundesregierung auf, sich an ihre selbstgesetzten Grundsätze zu halten und ausnahmslos keine Kriegswaffen mehr an Drittstaaten zu liefern, es sei denn, sie kann in wenigen Einzelfällen tatsächlich eine plausible außen- und sicherheitspolitische Begründung geben“, so Wisotzki. 17.12.2019 GKKE Stellungnahme zu den Politischen Grundsätzen der Bundesregierung zu Rüstungsexporten.

Dieses Zögern vor einer Äußerung der Gewissensentscheidung auf Betriebsebene kommt auch der Tendenz von Betrieben entgegen, nach außen religiös und politisch neutral aufzutreten zu wollen. War früher der öffentliche Besuch von Abgeordneten einer Partei im Betrieb eine öffentliche Berichterstattung wert, so wird dies heute auch von Firmeninhabern nicht mehr praktiziert, um nicht gegen die partei, politische Neutralität des Betriebs zu verstoßen. Das Individuum kann privat politisch aktiv sein, der Betrieb insgesamt darf es nicht, um allen seinen Mitarbeitenden gerecht zu werden und keine politische Einstellung zu bevorzugen. Mit der Zuweisung der Zivilen Produktion in den Bereich des Politischen gewinnt der Betrieb an dieser Stelle Ruhe. Er legt sich politisch nicht fest und respektiert auf diese Weise die politische Pluralität seiner Mitarbeitenden, die im Bereich der Sicherheitspolitik unterschiedliche Ansichten vertreten. Die betriebliche Organisation zahlt dafür aber auch einen Preis: sie verbannt damit auch eine ethische Wertediskussion aus seinem Betrieb. Die Pluralität wird zum Schweigen angehalten.

Diese Tendenz ist symptomatisch für den Stellenwert von Werten im Betrieb, wo auch in anderen Kontexten wie beispielsweise dem Lebensmittelhandel innerhalb eines Betriebes erst einmal keine Diskussion vorgesehen ist, so lange die Öffentlichkeit diese nicht erzwingt. Letztlich ist diese Entscheidung ein Auslagern, das auf Kosten von gesellschaftlicher Diskussion im Betrieb geht.<sup>5</sup> Auch hier lohnt sich wieder ein Vergleich mit der Bioszene. Wenn heute das Anliegen der Nachhaltigkeit in den Leitbildern von Unternehmen vertreten ist, wenn ein Unternehmen wie Edeka in einem betriebseigenen Ethikrat über tiergerechte Haltung diskutiert, so geht dies auf die Übernahme eines gesellschaftlichen Konsenses, zumindest gesellschaftlichen Rechtfertigungszwangs zurück, der dann auch von Betriebe eine Festlegung seiner Werte verlangt.

Bemerkenswert ist es, in diesem Zusammenhang, noch einmal zu erwähnen, wie weit die Gründer dem Unternehmen ihre Vorgaben machen können.<sup>6</sup> Dies gilt sowohl für Betriebe, die konsequent nicht für militärische Zwecke arbeiten, ebenso wie für Rüstungsbetriebe. Dabei zeichnen sich diese Vorgaben sowohl durch ihre Kontinuität aus, man hält sich in zeitlicher Perspektive daran, aber auch in ihrer Stärke: an das, was fest verankert ist, kann man sich auch halten und empfindet deswegen keine Angst um die Existenz des Betriebes. Hier liegt dann die Diskussion und Begründungspflicht bei denjenigen, welche diese Vorgaben aufheben wollen.<sup>7</sup>

### Die Beteiligung der Evangelischen Landeskirche in Baden an der Trägerschaft des Zivillabels

Im Beschluss der Landessynode vom 24.10.2013 hat sich die Evangelische Kirche in Baden verpflichtet, Kirche des gerechten Friedens zu werden. Im selben Beschluss wurde auch gefordert:

---

<sup>5</sup> Zu diesem Problem s. Jürgen Weibler, Personalführung, München 2016, 3. Aufl., S. 656f. Zitiert werden F.B.Bird und J.A. Waters mit dem Begriff der „moral muteness“ „The moral muteness of managers, 1989, in California Management Review 32/1, S. 73-88

<sup>6</sup> S. Dickson und Ehrhart nach Weibler, die das „ethikbezogene Klima in Organisationen im Wesentlichen als Folgewirkung der persönlichen Werte und Ziele der Organisationsgründer sowie der auf diese folgenden Organisationsleitenden erklären: „The founder and early leaders bring to the organization their individual values, and these values play a primary role in determining an organization's strategy, structure, climate, and culture“ 201 in MM.W.Dickson, M.Ehrhart, 2001 An organizational climate regarding ethics: The outcome of leader values and the practices that reflect them. In : The Leadership Quarterly 12/2, S. 197-217

<sup>7</sup> Bei der Normativität des Faktischen ist auch auf die Pläne von Munitionsherstellung in Lahr/Schwarzwald zu verweisen, die entsprechende Betriebsansiedelung kam über eine anfängliche Planungsphase nicht hinaus.

*Kirche hat den Auftrag, die Stimme des Evangeliums vernehmbar werden zu lassen. **Die Landessynode bittet den evangelischen Oberkirchenrat, in regelmäßigen Gesprächen mit Verantwortlichen in der Politik die Friedensbotschaft der Bibel zu Gehör zu bringen**, kritisch auf die Einseitigkeit militärischer Optionen hinzuweisen und die Begründung der zahlreichen Auslandseinsätze der Bundeswehr zu hinterfragen. Ebenso sollen Entwicklung und Umsetzung gewaltfreier Konzepte und Instrumente der Prävention, der Lösung von Konflikten und der Friedenskonsolidierung immer wieder ins Gespräch gebracht werden. Punkt 2*

*Gleich dem nationalen Ausstiegsgesetz aus der nuklearen Energiegewinnung, gilt es – möglicherweise in Abstimmung mit anderen EU-Mitgliedsstaaten – ein Szenario zum mittelfristigen Ausstieg aus der militärischen Friedenssicherung zu entwerfen. Punkt 6<sup>8</sup>*

*Beim Export von Kriegswaffen müssen die gesetzlichen und untergesetzlichen Regelungen eingehalten und Transparenz über die Entscheidungen des Bundessicherheitsrates hergestellt werden. Mittelfristig ist der Export von Kriegswaffen einzustellen. Punkt 7*

In diesem Vorrang der zivilen vor den politischen Konfliktlösungen ist es nur konsequent, Betriebe zu ermutigen, sich auf eine zivile Produktion festzulegen und diese Selbstverpflichtung auch nach außen deutlich zu machen. Mit der Bremischen Stiftung für Rüstungskonversion wurde ein Kooperationspartner gefunden, der das Zivillabel ideell und organisatorisch mitträgt. Die Beteiligung am Zivillabel ist religiös offen: selbstverständlich kann sich jeder Betrieb unabhängig von den religiösen Überzeugungen seiner Mitglieder auf dieses Zivillabel verpflichten und die Bremische Stiftung für Rüstungskonversion ist auch keine kirchliche Stiftung.

Für die Evangelische Landeskirche in Baden bleibt das Angebot des Zivillabels verwurzelt in einem Geist des Friedens, den sie für die ganze Welt als zugesagten Frieden glaubt. „Ehre sei Gott in der Höhe und Frieden auf Erden“ Lukas 2,14 ist eine der hoffentlich heute noch bekannten Friedenszusagen der Bibel. Die Welt ist aber nicht friedlich. Daraus zieht eine Bundeswehr ihre Existenzberechtigung. Es bleibt daher ein persönliches Zeugnis, sich in dieser Welt, die nicht friedlicher ist, als sie es ist, für den Weg der Gewaltfreiheit zu entscheiden. Wer sich betrieblich für die Nichtbeteiligung an Rüstungsproduktion und Nichtbelieferung der Bundeswehr entscheidet, trifft damit aus Kirchlicher Sicht eine ganzheitliche Entscheidung für seine politische<sup>9</sup> Überzeugung, die weit über die unternehmerische strategische Festlegung hinausgeht und auch seine Verantwortung für Frieden und Sicherheit umfasst. Jede und jeder folgt hier ihrem/seinem Gewissen, im Betrieb wie in der Politik, und macht sich dafür auch angreifbar, weshalb sein Unternehmen nichts zur militärischen Sicherheit des Landes beitragen will. Von ihm darf man auch gute Gründe erwarten, dass er eine verantwortliche Entscheidung mit guten Gründen getroffen hat.

Mit dem Zivillabel werden Betriebe auch zu einer ethischen Diskussion im Betrieb ermutigt. Aus Sicht eines Wirtschafts- und Sozialpfarrers dieser Landeskirche ist es stimmig, wenn in einem Betrieb zwar keine parteipolitische Festlegung erfolgt, dass aber strittige politische Themen, die eine betriebliche Relevanz haben, bereits im Betrieb diskutiert werden können, bevor- und das ist das entscheidende - bevor ein gesellschaftlicher Konsens oder Druck hergestellt ist. Die politische Neutralität einer Unternehmensstrategie als solche existiert de facto nicht, wie die Entscheidung Pro oder Contra Belieferung der Bundeswehr zeigt.<sup>10</sup> Die Entscheidung über die unternehmerische Strategie betrifft immer alle Mitarbeitenden, ob sie

---

<sup>8</sup> Dieses Szenario „Sicherheit neu denken“ wurde mittlerweile, April 2018, erstellt und stößt auf großes Interesse.

<sup>9</sup> Politisch meint hier wie im Folgenden nicht die parteipolitische Festlegung sondern die allgemein verstandene Verantwortung.

<sup>10</sup> Weibler spricht hier von einer „Ethische(n) Amnesie: Dies bedeutet, dass die Verweigerung des „moral talk“ einer weiteren (letztlich: reinen) Konzentration der Führenden auf (vermeintlich) rationale Ziele wie Profit und Leistung Vorschub leistet.“ Ebd. S.657

nun für oder gegen eine militärische Friedenssicherung sind. Dann ist es doch stimmiger, wenn die Pluralität auch gehört und nicht nur als schweigende respektiert wird.

### Ausblick auf die Zukunft des Zivillabels

Der Anfang ist bescheiden. Mittlerweile konnten sich 14 Betriebe für die Teilnahme am Zivillabel entscheiden. Die Lage in Bremen und innerhalb Badens in der Bodenseeregion zeigen, dass eine Entscheidung für das Zivillabel dort gefällt wird, wo die Beteiligung an Rüstungsproduktion oder eben Nichtbeteiligung auf ein öffentliches Interesse stößt. Die kontroverse, bisweilen polarisierte offene Diskussion in der Gesellschaft legt den Betrieben hier die Diskussion näher als in anderen Regionen. Die Pluralität im Betrieb bleibt nicht mehr schweigend. Daher bleibt es wichtig, die Werbung für das Zivillabel nicht isoliert zu sehen, sondern die gesamte Thematik von Rüstungsproduktion, Rüstungsexport und Sicherheitspolitik/Friedenspolitik im Blick zu behalten. Wenn im gesellschaftlichen Diskurs weiter entwickelt würde, dass militärische Friedenssicherung ein Auslaufmodell ist – wie Atomkraft, Verbrennungsmotor – käme es auch zu mehr öffentlichen betrieblichen Entscheidungen, als wir sie derzeit haben. Dies ist die Verortung des Zivillabels im politischen Kontext.

Aus strategischer Sicht ist der Blick auf die Unternehmensgründungen zu legen. Gerade im Bereich der Start ups in der IT Szene ist die Verbindung zur militärischen Nutzung schnell hergestellt. Die Zeiten des Spin-offs von der militärischen in die zivile Produktion sind vorbei. Mittlerweile bedürfen die militärisch Verantwortlichen der zivilen Technologien für ihre Zwecke und für IT Mitarbeitende ist die Nähe zum militärischen Einsatz sehr greifbar, gefühlt nahe. Wenn man sich zudem bewusst macht, wie weitreichend bis heute die Grundlagen sind, welche von den Gründerinnen und Gründern gelegt werden, macht es Sinn, auch heute bei den Gründern von Unternehmen einen Schwerpunkt zu setzen. Von daher ist es auch ein großer Erfolg, dass mit der FIF, dem Forum InformatikerInnen für Frieden und Gesellschaftliche Verantwortung, ein Verband als Mitträger gewonnen werden konnte, der mit der Start up Szene verbunden ist.

Der dritte Gesichtspunkt: grundlegend scheint mir für die Zukunft des Zivillabels das Selbstverständnis von Betrieben im Blick auf die von ihnen zugelassene und gewünschte politische und ethische Diskussion innerhalb ihrer Organisation zu sein. Derzeit ist Faktum, dass diese politische und ethische Diskussion zugunsten der ökonomischen Effizienz ausbleibt, so lange die Öffentlichkeit diese nicht erfordert. Würden ethische Diskussionen ganz allgemein, und nicht nur über das Zivillabel, häufiger geführt, würde die Organisation insgesamt demokratischer. Die Mitarbeitenden würden sich als ernster genommen erleben, die Anzahl der mündigen Persönlichkeiten würde steigen. Dies käme auch dem Leitbild der „Wirtschaftsbürger“ von Peter Ulrich näher.<sup>11</sup> Wäre das demokratische Selbstverständnis in Betrieben größer, hätten auch Wertediskussion in Betrieben ihren Platz und würden nicht zugunsten einer politischen Neutralität aus dem Betrieb verwiesen oder zum Schweigen

---

<sup>11</sup> Peter Ulrich, Integrative Wirtschaftsethik; s.a. Lipman-Blumen nach Weibler a.a.O. S.660

angehalten. Mit dem Zivillabel wurde ein Angebot geschaffen, dass Betriebe sich auch über ihre Rolle für den Frieden klar werden können.